



IW-Report 11/2020

Ein Überblick über aktuelle Konjunkturstudien zur Corona-Krise

Stand: 13. Kalenderwoche 2020

Hubertus Bardt / Michael Grömling / Galina Kolev

Köln, 31.03.2020

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkung	2
2	Weltwirtschaftliche Entwicklung	3
3	Deutschland – Woche der Orientierung	6
4	Wirtschaftspolitik	8
	Literatur	10

1 Vorbemerkung

In dem folgenden Beitrag wird – wie bereits in der Vorwoche (Bardt/Grömling/Kolev, 2020) – ein ausgewählter Teil der (größtenteils) in der 13. Kalenderwoche veröffentlichten Konjunkturstudien zur Corona-Krise aufgeführt. Der Fokus richtet sich auf die Weltwirtschaft und die deutsche Wirtschaft. Die vorliegende Sichtung wurde am 30. März 2020 abgeschlossen.

- Der IMF sieht die Weltwirtschaft aktuell in einer Rezession, die mindestens so schlimm oder sogar schlimmer ist als die im Jahr 2009.
- Neben den direkten Auswirkungen der Virusausbreitung beeinträchtigt auch die präzedenzlose Kapitalflucht die Entwicklung in den Schwellenländern.
- In den USA, China und dem Euroraum liegt der Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungssektor auf dem tiefsten Niveau seit Beginn der Erfassung. Der Index für das Verarbeitende Gewerbe hat ebenfalls starke Rückgänge verzeichnet.
- Die Entspannung der Lage in China wird nur bedingt eine Rückkehr zur Normalität bedeuten, denn die chinesische Wirtschaft wird aufgrund der starken internationalen Vernetzung selbst nach Eindämmung der Virusausbreitung die Folgen der dramatischen Weltwirtschaftslage erheblich zu spüren bekommen.
- Führende deutsche Ökonomen empfehlen die Emission von Gemeinschaftsanleihen im Wert von 1.000 Milliarden Euro, damit die EU Mitgliedstaaten unterstützen kann, die den Zugang zum Kapitalmarkt zu verlieren drohen.
- Im Laufe der 13. Kalenderwoche wurden Szenarien zu den Auswirkungen der Corona-Krise in Deutschland im Jahr 2020 veröffentlicht. Der Sachverständigenrat hat dazu am 30. März ein Sondergutachten vorgelegt (SVR, 2020).
- Demnach öffnet sich ein Möglichkeitsraum von BIP-Einbußen in einer Größenordnung von knapp 3 bis 20 Prozent für das Gesamtjahr 2020. Dabei werden die Dauer des Shutdowns, die Höhe des Produktionseinbruchs sowie Dauer und Verlauf der Erholung variiert.
- Gemäß den beiden IW-Szenarien liegen die Wachstumseinbußen im Jahr 2020 zwischen 5 und 10 Prozent gegenüber der bisherigen Prognose.
- Diverse Unternehmensbefragungen sprechen von einer flächendeckenden Beeinträchtigung der Geschäftsabläufe deutscher Unternehmen infolge der Corona-Pandemie. Gemäß der IW-Konjunkturumfrage nannten in der 13. Kalenderwoche 60 Prozent der Unternehmen starke Auswirkungen, weitere 38 Prozent sprachen von schwachen Effekten.

2 Weltwirtschaftliche Entwicklung

In der 13. Kalenderwoche hat sich die globale wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert. Der IMF sieht die Weltwirtschaft aktuell in einer Rezession, die mindestens so schlimm oder sogar schlimmer ist als die im Jahr 2009 (Georgieva, 2020a). Zu einer Erholung dürfte es im Jahr 2021 kommen, wobei die potenziellen Nachholeffekte entscheidend davon abhängig sind, inwieweit es den einzelnen Ländern gelingt, die Ausbreitung des Virus einzudämmen und zu verhindern, dass aus Liquiditätsproblemen Zahlungs- und Leistungsfähigkeitsprobleme entstehen. Auch die OECD präsentierte neue Schätzungen, die darauf hindeuten, dass sich die Einschränkung des öffentlichen Lebens direkt auf Sektoren auswirkt, die in den OECD-Ländern bis zu einem Drittel des BIP ausmachen (OECD, 2020). Für jeden Monat der Eindämmung sinkt nach Berechnungen der OECD das jährliche BIP-Wachstum um 2 Prozentpunkte im Vergleich zur ursprünglichen Prognose. Allein der Tourismussektor sieht sich einem Produktionsrückgang von bis zu 70 Prozent gegenüber.

Die Industrieländer haben in der Regel größere Kapazitäten, auf die Krise zu reagieren. Beim G20-Treffen betonte die IMF-Chefin Kristalina Georgieva die schwierige Lage vieler Schwellenländer (Georgieva, 2020b). Sie sind stark von Kapitalflucht betroffen, die die wirtschaftliche Aktivität über das Ausmaß hinaus beeinträchtigt, das sich aus den auf die Einschränkung der Virusausbreitung ausgerichteten Maßnahmen ergibt. Seit Beginn der Krise haben Investoren nach Informationen des IMF bereits Kapital im Wert von 83 Milliarden US-Dollar aus Schwellenländern abgezogen – der größte Kapitalabfluss, der jemals verzeichnet wurde. Der IMF zeigte beim G20-Treffen seine Bereitschaft, seine Kreditkapazität von 1 Billion US-Dollar einzusetzen, und deutete weitere Maßnahmen zur Unterstützung der betroffenen Länder an.

Auch die Regierungschefs der G20 zeigten nach ihrem virtuellen Treffen die Bereitschaft, alles zu tun, was nötig ist („whatever it takes“), und alle verfügbaren politischen Instrumente zu nutzen, um den wirtschaftlichen und sozialen Schaden durch die Pandemie zu minimieren, das globale Wachstum wiederherzustellen, die Marktstabilität aufrechtzuerhalten und die Widerstandsfähigkeit zu stärken (G20, 2020). Aktuell sind fiskalische Stimuli im globalen Maßstab im Wert von mehr als 5 Billionen US-Dollar oder etwa 6 Prozent des globalen BIP geplant in Form von gezielten finanzpolitischen Maßnahmen und Garantiesystemen, um den sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Pandemie entgegenzuwirken.

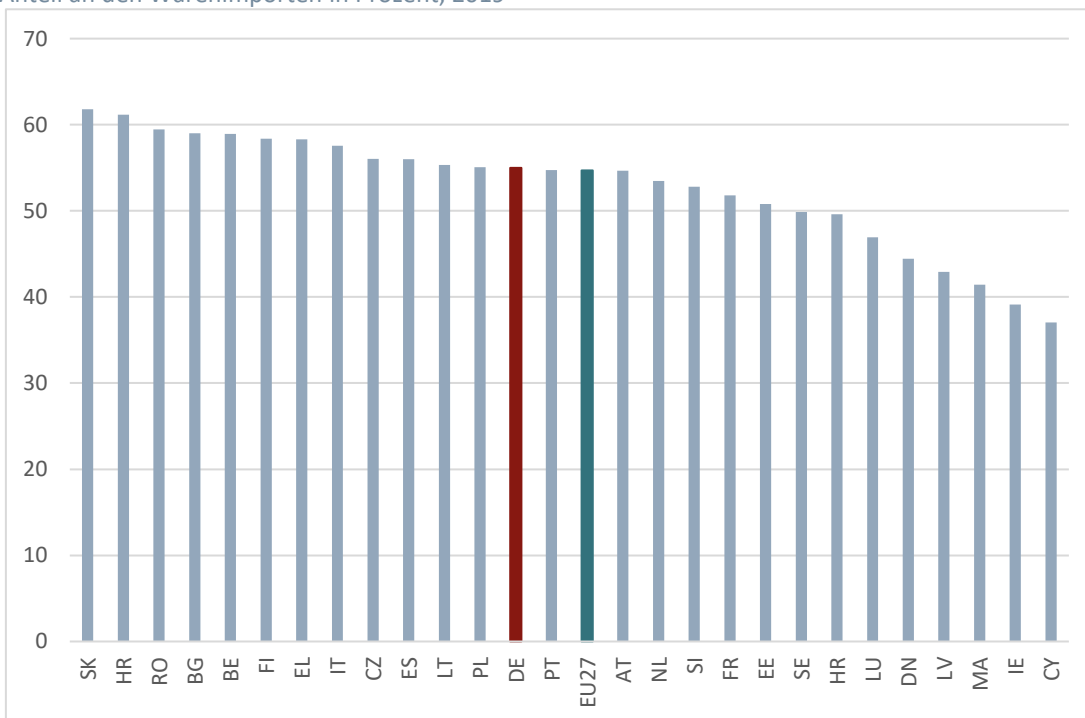
Allein in den USA sollen Hilfsmaßnahmen im Wert von 2 Billionen US-Dollar zum Einsatz kommen. Zu dem größten Unterstützungspaket in der US-amerikanischen Geschichte gehören Kredite und Zahlungen an betroffene Unternehmen, Zuschüsse für Krankenhäuser sowie direkte Hilfe für die Bürgerinnen und Bürger. Viele Indikatoren weisen dort bereits auf eine dramatische Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage hin. Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe sank im März unter die 50-Punkte-Marke, wobei der am 24.3.2020 veröffentlichte Wert in Höhe von 49,2 deutlich über den Erwartungen lag. Der Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungsbereich erfuhr hingegen einen präzedenzlosen Rückgang auf 39,1 Punkte – den niedrigsten Wert seit Beginn der Erfassung. Die Anzahl der Neuanmeldungen von Arbeitslosen ist auf ein Rekordhoch gestiegen. Laut Angaben des Arbeitsministeriums haben in der 12. Kalenderwoche fast 3,3 Millionen Menschen Arbeitslosengeld beantragt (Department of

Labour, 2020) und somit fast fünfmal mehr als der bisherige Rekord von 695.000 Personen im Jahr 1982 (BBC, 2020).

In China hat sich die Lage ein wenig entspannt, nachdem die Virusausbreitung erheblich beschränkt wurde und sich die Zahl der Neuinfektionen gemäß Angaben der John Hopkins Universität (2020) aktuell im niedrigen dreistelligen Bereich bewegt (zum Vergleich: die täglichen Neuinfektionen liegen im vierstelligen Bereich in Deutschland, Italien, Spanien, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und sind bereits fünfstellig in den USA). Neue Angaben zur Entwicklung des Einkaufsmanagerindex werden am 31.3.2020 erwartet, die Erwartungen sind aktuell aufwärtsgerichtet. Ende Februar sank der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe auf seinen historischen Tiefstwert von 35,7 Punkten, im Dienstleistungssektor lag der Wert mit 26,5 Punkten noch tiefer. Doch selbst nach Rückkehr zur Normalität ist in China mit starken Wachstumseinbußen im Jahr 2020 zu rechnen, zumal China über den Handelskanal stark abhängig von der Entwicklung in anderen Ländern ist.

Abbildung 1: Importe von Vorprodukten im EU-weiten Vergleich

Anteil an den Warenimporten in Prozent, 2019



Quellen: Eurostat; Institut der deutschen Wirtschaft

Auch die europäischen Länder werden die Einschränkung der internationalen Lieferketten zu spüren bekommen. Wie aus Abbildung 1 zu entnehmen ist, liegt der Anteil der importierten Vorprodukte bei 55 Prozent der Warenimporte in der EU. Und auch der Einbruch der Wirtschaftsaktivität und der damit verbundene Rückgang der Nachfrage nach Exportprodukten bei den Handelspartnern wird zu einem weiteren Rückgang der Produktion führen. Im Euroraum deutet die Entwicklung von Vorlaufindikatoren bereits auf einen starken Stimmungseinbruch in der Wirtschaft hin. Der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe sank auf 44,8 Punkte und bleibt zunächst über dem tiefsten Wert aus dem Jahr 2009. Der Index für die

Dienstleistungen ging auf 28,4 Punkte zurück und lag somit um mehr als 10 Punkte unter dem tiefsten Wert aus dem Jahr 2009. Der Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität wird auch hier dramatisch sein und es mehren sich die Stimmen, die sich für eine gemeinsame europäische Antwort aussprechen (Hüther et al., 2020). Der Aufruf führender Ökonomen aus Deutschland wurde in zahlreichen internationalen Zeitungen veröffentlicht und fordert die Emission von auf die Krise begrenzten Gemeinschaftsanleihen in Höhe von 1.000 Milliarden Euro (rund 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Eurozone), um auch Mitgliedstaaten zu unterstützen, die den Zugang zum Kapitalmarkt zu verlieren drohen.

3 Deutschland – Woche der Orientierung

Die 13. Kalenderwoche war in konjunktureller Hinsicht eine Woche der Orientierung. Unstrittig war in der vergangenen Woche, dass sich die deutsche Volkswirtschaft auf dem Weg in eine Rezession befindet. Mit der globalen Ausbreitung des Virus – vor allem der schnellen und starken Verbreitung in den USA – rutscht auch die Weltwirtschaft in die Rezession. Während der Finanzmarktkrise 2009 konnte dies durch das nur moderat abgebremste Tempo in vielen aufstrebenden Volkswirtschaften noch verhindert werden. Die damalige Krise war vor allem eine Angelegenheit der fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Das ist jetzt anders. Mehr oder weniger synchron lässt rund um den Globus die Inlandsproduktion nach. Es gibt kaum Wirtschaftsbereiche, die verschont bleiben. Global, regional und sektoral zeigen sich umfassende Belastungen.

Mit Blick auf Deutschland stellte sich angesichts des globalen Umfelds, der Stilllegung von Teilen der deutschen Wirtschaft und der Beeinträchtigungen der Betriebsabläufe in vielen anderen Betrieben in der vorherigen Kalenderwoche nicht mehr die Frage, ob es im Jahr 2020 zu einer Rezession kommt. Vielmehr ging es nur noch darum, wie lange wird die Rezession andauern, wie tief wird ihre Fallhöhe sein und wie wird sich wohl eine Erholung gestalten. Die letzte Woche war die Woche der Szenarien, mit dem Ziel einer Orientierung über Größenordnungen.

Dazu legte das **ifo-Institut** am Montag, den 23. März, eine umfassende Studie mit mehreren Szenarien vor (Dorn, 2020). Dabei wird die Dauer der Shutdown-Phase, die Zeit des Post-Shutdowns und die Höhe des monatlichen Wertschöpfungsverlusts variiert. Der Rückgang der Jahreswachstumsrate des realen BIP liegt demnach zwischen 4,3 Prozentpunkten und 20,6 Prozentpunkten. Bei einem zweimonatigen Shutdown liegen die Wachstumseinbußen je nach Szenario zwischen 7,2 und 11,9 Prozent.

Das **Institut der deutschen Wirtschaft** lotete ebenfalls im Rahmen unterschiedlich ausformulierter Szenarien die Möglichkeitsräume für die deutsche Konjunktur im Jahr 2020 aus (Bardt/Hüther, 2020):

- Beim **Positivszenario** hält der Lockdown bis Ende April an, aber auch danach gibt es gestörte Lieferketten (vor allem für die Industrie). Drei Monate braucht es dann für die Rückkehr zum Ausgangszustand. Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate dürfte bei diesem V-Verlauf um rund 5 Prozentpunkte niedriger ausfallen als ohne die Corona-Pandemie. Demnach wäre für 2020 mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts zwischen 4 und 5 Prozent zu rechnen.
- Das **Negativszenario** unterstellt, dass der Lockdown bis Ende Juni dauert und der Aufholprozess weniger intensiv ausfällt. Das würde rund 10 Prozentpunkte kosten – das reale BIP also im Jahresdurchschnitt 2020 um 9 bis 10 Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen. Bei diesem U-Szenario würde das Ausgangsniveau erst wieder zum Jahresende 2020 erreicht werden.

Schließlich legte der **Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** am Montag, den 30. März, ein umfassendes Sondergutachten vor. Für die deutsche Konjunktur werden drei Szenarien formuliert:

- Im **Basisszenario** liegt das reale BIP im Jahresdurchschnitt 2020 um 2,8 Prozent unter dem Vorjahreswert. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich die wirtschaftliche Lage über den Sommer normalisiert und ein schneller und starker Aufholprozess einsetzt.
- Im **Risikoszenario (ausgeprägtes V)** kommt es zu einem stärkeren Einbruch im ersten Halbjahr 2020 – wegen großflächiger Produktionsstilllegungen und längerer Einschränkungen. Die Erholung ist ebenfalls schnell und stark. Das reale BIP liegt dann im Gesamtjahr 2020 um 5,4 Prozent unter dem Vorjahreswert.
- Im **Risikoszenario (langes U)** sinkt das reale BIP um 4,5 Prozent (2020 gegenüber 2019). Dabei ist der Einbruch vergleichbar mit dem Basisszenario. Die Erholung setzt aber viel später ein und verläuft auch deutlich langsamer. Dabei wird von tiefgreifenden Beeinträchtigungen der Wirtschaftsstruktur durch Insolvenzen und Entlassungen ausgegangen und es drohen negative Rückkopplungen über die Finanzmärkte.

Neben diesen Szenarien wurden in der vergangenen Woche auch Ergebnisse von Unternehmensbefragungen vorgelegt.

Mehr als 90 Prozent der vom **Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK)** befragten Unternehmen spüren bereits negative Auswirkungen der Corona-Pandemie auf ihre Geschäfte (DIHK, 2020). 80 Prozent der deutschen Unternehmen rechnen in diesem Jahr mit Umsatzrückgängen, so die aktuelle Blitzumfrage des DIHK unter bundesweit 15.000 Betrieben aus allen Branchen und Regionen. In der Vorumfrage von Anfang März war nur knapp die Hälfte der Unternehmen aus allen Branchen und Regionen Deutschlands so pessimistisch. Mehr als jeder vierte Betrieb rechnet aktuell sogar mit Umsatzrückgängen von mindestens 50 Prozent für das Gesamtjahr 2020. Das größte Problem ist dabei die schwindende Liquidität – und diese Gefahr nimmt weiter zu und gefährdet die Existenz zahlreicher Betriebe: Fast jedes fünfte Unternehmen sieht sich akut von der Insolvenz bedroht.

Eine Umfrage des **VDMA**, die von 965 Mitgliedsfirmen beantwortet wurde, zeigt die Folgen der Corona-Pandemie deutlich auf (VDMA, 2020).

- Der Anteil der Unternehmen, deren Betriebsablauf beeinträchtigt ist, stieg innerhalb von zwei Wochen von 60 auf 84 Prozent.
- Fast jeder zweite betroffene Betrieb (45 Prozent) leidet unter „gravierenden“ oder „merklichen“ Störungen entlang der Lieferketten. Lediglich 5 Prozent blieben bisher verschont. Störungen der Lieferketten liegen besonders in Italien (75 Prozent der Betroffenen), Deutschland (55 Prozent), China (51 Prozent), Frankreich (36 Prozent) und den USA (25 Prozent) vor.

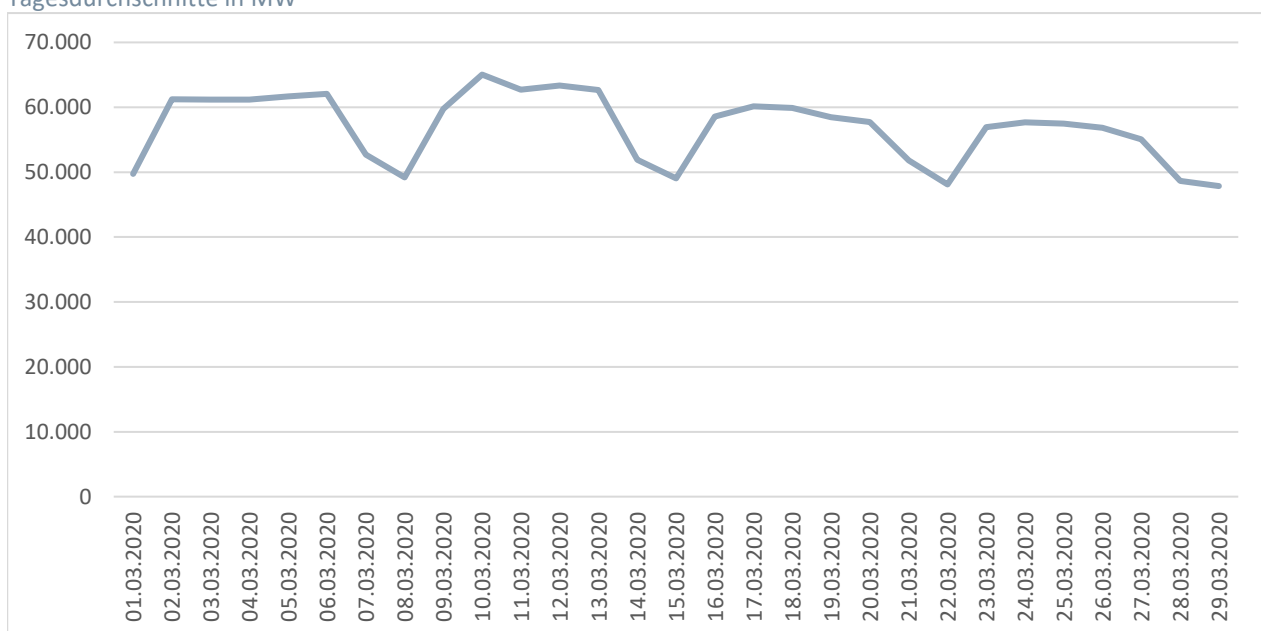
- Knapp 96 Prozent der Unternehmen rechnen 2020 mit Umsatzrückgängen, die sie im Verlauf des Jahres nicht mehr kompensieren können. Gut 60 Prozent hiervon beziffern diese Rückgänge auf 10 bis 30 Prozent.
- Um diese abzufangen, haben bereits drei Viertel der befragten Maschinenbauer Kapazitätsanpassungen vorgenommen, überwiegend über das Arbeitszeitkonto, aber auch in Form von Einstellungsstopps und Kurzarbeit.

Auch im Rahmen der regelmäßigen Konjunkturumfrage des **Instituts der deutschen Wirtschaft** (Grömling, 2020) werden seit Anfang März die Auswirkungen der Corona-Epidemie auf die Geschäftsabläufe der deutschen Unternehmen ermittelt. Derzeit liegen Ergebnisse für die 10. bis einschließlich 13. Kalenderwoche vor. In der 13. Kalenderwoche sahen in Deutschland knapp 60 Prozent der Unternehmen starke Auswirkungen der Corona-Pandemie auf ihre Geschäftsabläufe. Weitere 38 Prozent sprachen von schwachen Effekten. Es ist kein Unterschied zwischen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen zu beobachten – was deutlich macht, dass diese Krise sektoral anders wirkt als die Finanzmarktkrise 2009. Mit Blick auf die einzelnen Übertragungswege signalisiert die IW-Umfrage, dass fehlende Mitarbeiter nunmehr der größte Belastungsfaktor sind.

Auch in einzelnen Querschnittsindikatoren lässt sich eine Abwärtsentwicklung ablesen. So ist der Stromverbrauch stark von industrieller Produktion beeinflusst. In den beiden Wochen seit dem Lockdown ist der Stromverbrauch deutlich zurückgegangen. So lag die tagesdurchschnittliche Last an Werktagen in den beiden Lockdown-Wochen zunächst 5 Prozent, dann 9 Prozent niedriger als in den beiden ersten Märzwochen (Abbildung 2).

Abbildung 2: Stromlast in Deutschland

Tagesdurchschnitte in MW



Quellen: ENTSO-E; Institut der deutschen Wirtschaft

4 Wirtschaftspolitik

In den letzten Tagen wurden umfangreiche Gesetzgebungen zur Begrenzung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise realisiert. Dazu wurden bestehende Gesetzgebungsverfahren höchstmöglich beschleunigt und alle Debatten- und Anhörungsmöglichkeiten auf ein Minimum verkürzt. Damit wurde das Signal der Handlungsfähigkeit ausgesendet: Bürger und Unternehmen sollten sicher sein, dass alle notwendigen Schutzmaßnahmen getroffen werden, wirtschaftliche Totalverluste und Arbeitslosigkeit so weit wie möglich zu verhindern. Mit diesen Maßnahmen ist die Hoffnung verbunden, damit die Erwartungen von Bürgern und Unternehmern zu stabilisieren und somit Perspektiven für wieder anziehenden privaten Konsum – auch langlebigen Verbrauchsgütern, deren Anschaffung verschoben werden kann, und unternehmerische Investitionen zu eröffnen.

Zu den wichtigsten Maßnahmenpaketen gehören:

■ Gesundheitsversorgung

Für Schutzausrüstung, Impfstoffentwicklung sowie die Bekämpfung der Pandemie werden 55 Milliarden Euro bereitgestellt. Krankenhäuser und Ärzte werden gegen Einnahmeausfälle und Kostensteigerungen abgesichert. Es gelten Ausfuhrverbote für Schutzmasken, -anzüge und -brillen.

■ Kleine und mittlere Unternehmen

Für Kleinunternehmen und Selbstständige, ebenso für Freiberufler werden 50 Milliarden Euro an Soforthilfe bereitgestellt. Hierbei handelt es sich um nicht rückzahlbare Betriebskostenzuschüsse für drei Monate.

■ Wirtschaftsstabilisierungsfonds

Großunternehmen sollen mit dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) unterstützt werden. Dieser umfasst 500 Milliarden Euro. Davon sind 400 Milliarden für Bürgschaften vorgesehen, 100 Milliarden für Kapitalmaßnahmen – also Kapitalbeteiligungen an Unternehmen. Weiterhin gibt es ein Hilfsprogramm der KfW zur Liquiditätssicherung, bei dem ohne definierte Limitierung Kredite an Unternehmen unterschiedlicher Größenklassen vergeben werden.

■ Steuerstundung

Zur akuten Entlastung von Unternehmen wird für betroffene Firmen eine Stundung der Steuerzahlungen vorgesehen, ebenso die Anpassung der Steuervorauszahlungen.

■ Kurzarbeitergeld

Für Unternehmen wurde der Zugang zum Kurzarbeitergeld erleichtert und kann beantragt werden, wenn 10 Prozent der Beschäftigten betroffen sind.

Zur Finanzierung wurde ein Nachtragshaushalt gebilligt, der neue Kredite in Höhe von 156 Milliarden Euro vorsieht. Die Schuldenbremse wurde dafür regelgerecht für den vorliegenden Fall einer außergewöhnlichen Notsituation ausgesetzt.

Literatur

Bardt, Hubertus / Hüther, Michael, Corona stoppt die Volkswirtschaften von allen Seiten, IW-Kurzbericht, Nr. 31/2020, Köln

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael / Kolev, Galina, 2020, Ein Überblick über aktuelle Konjunkturstudien zur Corona-Krise. Stand: 12. Kalenderwoche, IW-Report, Nr. 10/2020, Köln

BBC, 2020, Coronavirus: Record number of Americans file for unemployment, <https://www.bbc.com/news/business-52050426> [28.3.2020]

Department of Labour, 2020, Unemployment Insurance Weekly Claims vom 26.3.20, <https://www.dol.gov/sites/dolgov/files/OPA/newsreleases/ui-claims/20200510.pdf> [28.3.2020]

DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag, 2020, Auswirkungen des Corona-Virus auf die deutsche Wirtschaft. 2. DIHK-Blitzumfrage März 2020, Berlin

Dorn, Florian et al., 2020, Die volkswirtschaftlichen Kosten des Corona-Shutdown in Deutschland: Eine Szenarienrechnung, in: ifo-Schnelldienst, Nr. 4/2020, München

G20, 2020, G20 Leaders' Summit – statement on COVID-19: 26 March 2020, <https://www.gov.uk/government/news/g20-leaders-summit-statement-on-covid-19-26-march-2020> [28.3.2020]

Georgieva, Kristalina, 2020a, Press Briefing by Kristalina Georgieva following a Conference Call of the International Monetary and Financial Committee am 26.3.2020, <https://www.imf.org/en/News/Articles/2020/03/27/tr032720-transcript-press-briefing-kristalina-georgieva-following-imfc-conference-call> [28.3.2020]

Georgieva, Kristalina, 2020b, IMF Managing Director Kristalina Georgieva's Statement Following a G20 Ministerial Call on the Coronavirus Emergency am 23.3.2020, <https://www.imf.org/en/News/Articles/2020/03/23/pr2098-imf-managing-director-statement-following-a-g20-ministerial-call-on-the-coronavirus-emergency> [28.3.2020]

Grömling, Michael, 2020, Corona-Krise: Belastungen wachsen auf breiter Front, IW-Kurzbericht, Nr. 34/2020, Köln

Hüther, Michael / Bofinger, Peter / Dullien, Sebastian / Felbermayr, Gabriel / Schularick, Moritz / Südekum, Jens / Trebesch, Christoph, 2020, Europa muss jetzt finanziell zusammenstehen, Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.3.2020, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/corona-pandemie-gastbeitrag-europa-muss-jetzt-finanziell-zusammenstehen-16688858.html> [28.3.2020]

John Hopkins Universität, 2020, Coronavirus COVID-19 Global Cases by the Center for Systems Science and Engineering, <https://coronavirus.jhu.edu/map.html> [28.3.2020]

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2020, New OECD outlook on the global economy, <http://www.oecd.org/coronavirus/en/> [28.3.2020]

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2020, Die gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie. Sondergutachten, Wiesbaden

VDMA, 2020, 2. VDMA Blitzumfrage zum Coronavirus 2020, Auswertung vom 25. – 27. März 2020, Frankfurt am Main